

## Sitzungsniederschrift

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>
<b>Sitzungsort:</b>	<b>Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim</b>
<b>Sitzungsdauer:</b>	<b>öffentliche Sitzung: 14:30 Uhr - 16:48 Uhr nichtöffentliche Sitzung: 16:51 Uhr - 17:10 Uhr</b>
<b>Art der Sitzung:</b>	<b>öffentlich / nichtöffentlich</b>

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

**Niederschriftführer**

**Vorsitzender**

Arno Fickus

Hans-Ulrich Ihlenfeld  
Landrat

### **Anwesend waren:**

Landrat Ihlenfeld **als Vorsitzender**

Potje, Claus **Erster Kreisbeigeordneter**  
Hoffmann, Sven **Kreisbeigeordneter**  
Pfuhl, Reinhold **Kreisbeigeordneter**

### **Mitglieder CDU-Fraktion**

Armbrust, Renate  
Bechtel, Torsten  
Grohe, Hans  
Groß, Birgit (fehlte entschuldigt)  
Hebinger, Stefan  
Hoffmann, Theo  
Kretner, Ralf  
Kutschke, Sabine  
Lorch, Lothar  
Dr. Mittrücker, Norbert  
Sauer, Friedel  
Schanzenbäcker, Elke  
Schindler, Norbert (fehlte entschuldigt)  
Seelmann, Peter  
Stölzel, Reinhard (fehlte entschuldigt)  
Wagner, Klaus  
Wolf, Markus  
Wolf, Walter

### **Mitglieder SPD-Fraktion**

Armbruster, Gerd (fehlte entschuldigt)  
Brenzinger, Reinhard (fehlte entschuldigt)  
Dormann, Jakob (fehlte entschuldigt)  
Geis, Ruth  
Germann, Andrea  
Glogger, Christoph  
Hauenstein, Martina  
Niederhöfer, Reinhold  
Pojtinger, Erich  
Prof. Dr. Schreiner, Hans-Robert (fehlte entschuldigt)  
Vogel, Adam  
Wode-Buser, Martina  
Dr. Wolf, Hans

### **Mitglieder FWG-Fraktion**

Adam, Johannes  
Eschmann, Friedrich  
Gauch, Hanns  
Nagel, Arnold

Rung-Braun, Heike  
Stähly, Johannes

**Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Magez, Pirmin  
Maurer, Annette  
Schneider, Wolfgang (fehlte entschuldigt)  
Werner, Pia

**Mitglieder FDP-Fraktion**

Langensiepen, Heidi  
Schrank, Edwin

**Mitglieder AfD-Fraktion**

Kräher, Wolfgang  
Nieland, Iris

**Mitglied Die Linke**

Beck, Stefanie (fehlte entschuldigt)

**Verwaltung:**

Herr Martin,	Ltd. Staatl. Beamter
Frau Rau, Frau Haas, Frau Müller, Herr Bauer,	Abteilung 1 Gleichstellungsbeauftragte Pressereferentin Personalratsvorsitzender
Herr Fickus,	Abteilung 1, als Niederschriftführer

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde
2. Erstellung eines historischen Archivbestandes zum Landkreis Bad Dürkheim;  
mündlicher Vortrag Herr Dr. Rummel, Landesarchiv Speyer
3. Unterrichts- und Kontrollrecht des Kreistages  
Vorlage: 008/2019
4. Beirat für Migration und Integration;  
Wahltermin  
Vorlage: 015/2019
5. Realschule plus Weisenheim am Berg;  
Namensgebung  
Vorlage: 001/2019
6. Finanzierung der GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH durch kommunale  
Bürgschaften und deren Absicherung durch eine Grundschuld  
Vorlage: 135/2017/2
7. Kompensationsflächen;  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
8. Kampagne Fairtrade-Town - Beteiligung des Landkreises Bad Dürkheim;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
9. Regional handeln - Heimat stärken;  
Antrag der AfD-Fraktion  
  
Förderung von Kita-Baumaßnahmen;  
Anfrage der CDU-Fraktion

### Nicht öffentlicher Teil:

Planungs-, Finanz- und Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Kreistag den verstorbenen ehemaligen Kreistagsmitgliedern Stefan Gillich (01.02.2019) und Hannelore Bähr (06.03.2019)

Ebenfalls vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Vorsitzende über eine Petition des Bürgerengagements Haßloch e.V. die sowohl an die Gemeinde Haßloch, als auch den Landkreis Bad Dürkheim gerichtet wurde. Den Angaben zufolge haben 2.834 Personen die Petition unterschrieben. Der Vorsitzende erläutert hierzu, dass ein Bürgerbegehren gem. § 11 e LKO in einem Landkreis wie Bad Dürkheim mit über 100.000 Einwohnern, mindestens von 5 % der festgestellten Zahl der Wahlberechtigten zur letzten Kreistagswahl unterschrieben werden muss. Bei der letzten Kreistagswahl waren es 108.216 Wahlberechtigte, so dass mindestens 5.261 Unterschriften für ein Bürgerbegehren vorliegen müssten. Des Weiteren kann ein Bürgerbegehren nur über Angelegenheiten des Landkreises beantragt werden, über das der Kreistag die Beschlusskompetenz innehat. Die Petition zielt auf die Versagung eines Bauantrages ab, was ein Vorgang in der gebundenen Verwaltung als untere staatliche Behörde darstellt und sich daher der Kompetenz des Kreistages entzieht. Eine weitere Forderung besteht darin, dass die Verwaltung das Verwaltungsverfahren wie im Gesetz vorgesehen durchzuführen hat, was eine Selbstverständlichkeit darstellt und keiner Beschlussfassung bedarf.

Zum Antrag der Grünen, den Bericht über die Tätigkeit des Naturschutzbeirats im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln, weist der Vorsitzende auf den ursprünglichen Antrag hin und die hierzu bereits gegebenen Erläuterungen, dass es sich beim Naturschutzbeirat nicht um einen kommunalen Beirat, vergleichbar mit dem Frauenbeirat oder dem Beirat für Migration und Integration handelt. Der Naturschutzbeirat hat die gesetzliche Aufgabe, die Verwaltung in definierten Verfahren zu unterstützen und zu beraten, der Bericht über dessen Tätigkeit ist ein Entgegenkommen der Verwaltung und nicht öffentlich zu behandeln.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist diese Argumentation nicht nachvollziehbar, wie Kreistagsmitglied Werner feststellt.

Kreisbeigeordneter Hoffmann präzisiert hierauf nochmal, dass er beabsichtigt im Bericht auch auf noch laufende Verfahren einzugehen. Informationen, die hierbei gegeben werden, sind zu diesem Zeitpunkt im Verfahren, auch unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten, noch nicht der Öffentlichkeit zu offenbaren. Auf Nachfrage des Vorsitzenden zieht die Fraktion hierauf ihren Antrag auf Verlegung in den öffentlichen Teil der Sitzung zurück.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

## Öffentlicher Teil:

### Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>  </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>  </u> <b>Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

### Beschluss:

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

### Zur Sitzung lag folgende Einwohnerfrage vor:

Im Kreis Bad Dürkheim gibt es einen Arbeitskreis Klimaschutz.

Seit wann gibt es diesen Arbeitskreis?

Wie setzt sich der Arbeitskreis zusammen?

Wie oft tagt er?

Wo können Bürger\*innen die Protokolle einsehen?

Was wurde schon konkret angestoßen, bzw. umgesetzt?

Der Vorsitzende beantwortet die Frage wie folgt:

Den Arbeitskreis Klimaschutz gibt es seit 01.01.2018 und besteht aus jeweils einem Vertreter pro Kommune. Die Vertreter sind in den Gemeinden meistens für den Bereich Klimaschutz zuständig. Hinzu kommt noch die Energieagentur Rheinland-Pfalz mit zwei Vertretern und der Verbandregion Rhein-Neckar mit einer Person. Insgesamt kommen wir auf 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (+ Interne Ansprechpartner die entsprechend der Tagesordnung eingeladen werden).

Die Treffen finden durchschnittlich im Jahr 3 bis 4 Mal statt. Die Sitzung bzw. der Arbeitskreis sind nicht öffentlich, daher können die Protokolle nicht eingesehen werden. Bis heute wurden bereits zwei Großprojekte beschlossen. Einmal die Einführung eines Klimaschutzportals, das gerade in der Planung ist. Das zweite Projekt „Stadtradeln 2019“ beginnt im Sommer 2019. Dies hat der Arbeitskreis Klimaschutz, sowie die Bürgermeister der Gemeinden beschlossen und befindet sich ebenfalls in der Vorbereitung, bzw. Durchführung. Das Programm startet am 14.08.2019 und endet am 04.09.2019.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend	<input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen	<input type="checkbox"/> geheim	<input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag				
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:					
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen				

### Tagesordnung:

Erstellung eines historischen Archivbestandes zum Landkreis Bad Dürkheim;  
mündlicher Vortrag Herr Dr. Rummel, Landesarchiv Speyer

### Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende führt in den Sachverhalt ein und dankt hierbei Frau Helmer, die das Archiv der Kreisverwaltung 25 Jahre lang verwaltet hat und nunmehr in den Ruhestand geht. Dr. Rummel, Leiter des Landesarchivs Speyer stellt hierzu fest, dass das Archiv Landkreis Bad Dürkheim, insbesondere durch das Wirken von Frau Helmer, über einen Bestand verfügt, der sich erheblich von anderen Kreisen abhebt.

Dr. Rummel informiert anhand einer Präsentation über die Archivierung als Pflichtaufgabe der Kommunalen Selbstverwaltung aufgrund des Landesarchivgesetzes. Darüber hinaus geht er auf die Möglichkeit eines Verwahrung- und Verwaltungsvertrages des Kreises mit dem Landesarchiv Speyer ein. Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende kündigt an, dass die Thematik der Archivierung in einer der Sitzung des Kreistages nach der Kommunalwahl Thema der Beratung sein wird.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **008/2019**

**Gremium:**

**Kreistag**

**Sitzung am:**

**Mittwoch, 20.03.2019**

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend	<input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen	<input type="checkbox"/> geheim	<input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss		<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag			
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:					
<input type="checkbox"/> <b>JA</b> -Stimmen	<input type="checkbox"/> <b>Nein</b> -Stimmen	<input type="checkbox"/> <b>Enthaltungen</b>				

### Tagesordnung:

Unterrichtungs- und Kontrollrecht des Kreistages

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **015/2019**

**Gremium:**

**Kreistag**

**Sitzung am:**

**Mittwoch, 20.03.2019**

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend	<input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen	<input type="checkbox"/> geheim	<input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss		<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag			
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:					
<b>__ JA-Stimmen</b>	<b>__ Nein-Stimmen</b>		<b>__ Enthaltungen</b>			

### Tagesordnung:

Beirat für Migration und Integration;  
Wahltermin

### Beschluss:

Die Wahl des Beirates für Migration und Integration wird am 27. Oktober 2019 durchgeführt.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Wahl der Beiräte bewusst nicht zum gleichen Termin wie die Kommunal- bzw. Europawahl durchgeführt werden soll.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **001/2019**

**Gremium:**

**Kreistag**

**Sitzung am:**

**Mittwoch, 20.03.2019**

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<u>    </u> <b>JA</b> -Stimmen	<u>    </u> <b>Nein</b> -Stimmen	<u>    </u> <b>Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Realschule plus Weisenheim am Berg;  
Namensgebung

### Beschluss:

Die Realschule plus in Weisenheim am Berg erhält den Namen „von Carlowitz Realschule plus – Weisenheim am Berg“.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende führt aus, dass der Name einer Schule die Entwicklung dieser beeinflussen und prägen kann. Als Beispiel nennt er hier die Siebenpfeiffer Realschule plus Haßloch, an der eine starke Identifikation mit Siebenpfeiffer und dem Demokratiedanken stattfand und noch immer stattfindet. Insoweit erachtet er die Benennung einer Schule am Rande des Pfälzerwalds nach von Carlowitz als Schöpfer des Nachhaltigkeitsprinzips als zielführend.

Für die CDU-Fraktion erläutert Kreistagsmitglied Schanzenbacher, dass ein gewisses Unverständnis, welches zuerst bestand, der Zustimmung zur Namensgebung gewichen ist. Sie erachtet es als zukunftsweisend und wichtig, dass der Nachhaltigkeitsgedanke jungen Menschen nähergebracht wird.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **135/2017/2**

**Gremium:**

**Kreistag**

**Sitzung am:**

**Mittwoch, 20.03.2019**

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

### Tagesordnung:

Finanzierung der GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH durch kommunale Bürgschaften und deren Absicherung durch eine Grundschuld

### Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der Anpassung der modifizierten Bürgschaft zu. Der Gesellschaftervertreter des Landkreises wird ermächtigt, einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss der GML zuzustimmen.
2. Die erweiterte Gesellschaftererklärung der Stadt Ludwigshafen wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<b>__ JA-Stimmen</b>	<b>__ Nein-Stimmen</b>	<b>__ Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Kompensationsflächen;  
Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

### Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Aufgrund der großen Zahl an Fragen, sowie der umfangreichen Ausführungen der Verwaltung wurde die Beantwortung bereits im Vorfeld der Sitzung an die Kreistagsmitglieder versendet.

Kreisbeigeordneter Hoffmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass ein Großteil der angefragten Daten öffentlich, z.B. über LANIS, das Geoportal der Naturschutzverwaltung Rheinland-Pfalz, einsehbar sind. Er teilt weiterhin mit, dass der Landkreis gem. der Landeskompensationsverzeichnisverordnung bereits alle Daten in die entsprechende Datenbank eingestellt hat, obwohl die gesetzliche Pflicht erst ab dem 01. Januar 2020 besteht.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht Kreistagsmitglied Maurer keinen wirklichen Überblick, auch nicht über LANIS, da zu viele Stellen und Behörden involviert sind. Ebenfalls wird Kritik an den, aus Sicht der Fraktion, fehlenden Informationen über den Naturschutzbeirat, den Naturschutzbeauftragten und den Arbeitskreis Klimaschutz. Der Vorsitzende weist dies insoweit zurück, dass er auf die regelmäßigen Berichte aus den verschiedenen Bereichen verweist.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input checked="" type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<input type="checkbox"/> JA-Stimmen	<input type="checkbox"/> Nein-Stimmen	<input type="checkbox"/> Enthaltungen

### Tagesordnung:

Kampagne Fairtrade-Town - Beteiligung des Landkreises Bad Dürkheim;  
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

### Beschluss:

Die Verwaltung erhält den Auftrag die Rahmenbedingungen bei der Teilnahme an der Kampagne Fair-Trade-Town, insbesondere der personelle, materielle und finanzielle Aufwand für den Landkreis, zu prüfen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet Kreistagsmitglied Werner den Antrag und betont hierbei, der Titel „Fair-Trade-Landkreis“ würde zum Kreis Bad Dürkheim gut passen.

Grundsätzlich sieht auch der Vorsitzende den Titel als sehr sympathisch an, jedoch sollte vorab geprüft werden, welcher Aufwand und ggf. Kosten hierdurch auf den Landkreis zukommen.

Auch die CDU-Fraktion sieht Fair-Trade als ein wichtiges Thema an. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, müsse ein für den Landkreis passendes Konzept erarbeitet

werden, führt Kreistagsmitglied Markus Wolf aus. Die Fraktion regt an, die Verwaltung zu beauftragen eine Abfrage zur Durchführung des Projektes bei bereits teilnehmenden Fair-Trade-Landkreisen durchzuführen. In einer der nächsten Sitzungen kann dann der Antrag auf Grundlage der dann vorhandenen Informationen beraten und ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Für die FWG-Fraktion schließt sich Kreistagsmitglied Rung-Braun diesem Vorschlag an.

Kreistagsmitglied Langensiepen stellt für die FDP-Fraktion das Problem im Verbraucherverhalten und der Unmenge der Produktkennzeichnungen fest. Grundsätzlich ist die Unterstützung der produzierenden Menschen richtig und wichtig, erschwert wird dies jedoch durch Vielzahl von Organisationen die in diesem Feld tätig sind und deren Praktiken teilweise zu hinterfragen wären.

Grundsätzlich ist die Beschäftigung mit dem Fair-Trade-Gedanken lohnend, erläutert für die SPD-Fraktion Kreistagsmitglied Glogger, der als Bürgermeister der Fair-Trade-Town Bad Dürkheim bereits Erfahrung sammeln konnte. Bisher habe die Stadt mit Fair-Trade gute Erfahrungen gemacht.

Auch die AfD-Fraktion findet den Gedanken begrüßenswert, teilt Kreistagsmitglied Kräher mit, jedoch sollte der Aspekt betrachtet werden, ob die Unterstützung tatsächlich bei den Menschen ankommt, für die diese gedacht ist.

Der Vorsitzende schlägt vor, zunächst der Verwaltung den Auftrag zur Prüfung der Rahmenbedingungen, insbesondere welcher personelle, materielle und finanzielle Aufwand auf den Kreis zukommt, zu geben. Das Ergebnis kann dann in einer der nächsten Sitzungen des Kreistages wieder in die Beratung über den Antrag, der bis dahin zurückgestellt wird, mit einfließen. Er betont, dass dies jedoch nicht in der konstituierenden Sitzung am 26. Juni sein wird.

Über diesen Vorschlag herrscht Einvernehmen und der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

## Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

<b>Gremium:</b>	<b>Kreistag</b>
<b>Sitzung am:</b>	<b>Mittwoch, 20.03.2019</b>

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend	<input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss	<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:	
<b>2 JA-Stimmen</b>	<b>34 Nein-Stimmen</b>	<b>__ Enthaltungen</b>

### Tagesordnung:

Regional handeln - Heimat stärken;  
Antrag der AfD-Fraktion

### Beschluss:

Der Antrag der AfD-Fraktion einer Kreiskampagne „Regional handeln – Heimat stärken“, wie von der Fraktion dargestellt, wird abgelehnt.

### Ausschließungsgründe:

#### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Kreistagsmitglied Nieland begründet für die AfD-Fraktion den Antrag, insbesondere habe man die Region im Blick und schaffe eine Identität und gewisse Naturnähe.

Zu Punkt 1 des Antrages äußert der Vorsitzende Zweifel an der Zuständigkeit des Landkreises und verweist auf die rechtliche Abgrenzung zur Rechtspflege, sowie auf die Beratungstätigkeiten der Berufsverbände. Zu Punkt 2 des Antrages merkt er an, dass der Landkreis die Marke „Pfalz“ unterstützt und er es nicht als zielführend ansieht, unterhalb dieser Dachmarke kleinteilige Projekte auf Kreisebene anzusiedeln.

Auch die CDU-Fraktion sieht den Landkreis für die unter Punkt 1 geforderte Rechtsberatung als den falschen Ansprechpartner, wie Kreistagsmitglied Markus Wolf ausführt. Zwar ist es wichtig lokale Produkte zu unterstützen, dies jedoch nur auf den Landkreis zu beziehen wäre zu kurz gedacht. Er verweist auf den endlich erfolgten Zusammenschluss der Gebietsweinwerbungen und betont die Notwendigkeit zur Stärkung der Marke „Pfalz“.

Mit über 1.000 Gütesiegeln, die inzwischen vergeben werden, sieht die FDP-Fraktion die Verbraucherinnen und Verbraucher schlichtweg überfordert, stellt Kreistagsmitglied Langensiepen fest. Auch die Akzeptanz eines solchen Heimatsiegels bei den Erzeugern wird seitens der Fraktion stark bezweifelt. Sowohl die fachlichen Voraussetzungen eines angedachten Heimatberaters, als auch die Deckelung der Betriebsgröße bis 200 Mitarbeiter/innen ist nicht nachvollziehbar bzw. ersichtlich.

Kreistagsmitglied Niederhöfer stellt für die SPD-Fraktion den Aspekt in den Raum, dass Verbraucher in erster Linie auf die Qualität der Produkte achten und ein solches Heimatsiegel kein Qualitätsmerkmal darstellt. Inzwischen entscheiden sich viele ganz bewusst für Produkte aus der Region, so dass durch ein Heimatsiegel kein Mehrwert für Verbraucher und Produzenten ersichtlich ist.

Auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht es als zielführender an, die bestehenden Strukturen zur Förderung lokaler Produkte zu unterstützen, wie Kreistagsmitglied Magez darlegt.

## Niederschrift

**Gremium:**

**Kreistag**

**Sitzung am:**

**Mittwoch, 20.03.2019**

### Sitzung / Abstimmung :

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	<input type="checkbox"/> entscheidend	<input type="checkbox"/> beratend	<input type="checkbox"/> offen	<input type="checkbox"/> geheim	<input type="checkbox"/> namentlich
<input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss		<input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag			
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit:					
<b>__ JA-Stimmen</b>	<b>__ Nein-Stimmen</b>		<b>__ Enthaltungen</b>			

### Tagesordnung:

Förderung von Kita-Baumaßnahmen;  
Anfrage der CDU-Fraktion

### Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

### Ausschließungsgründe:

### Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion wie folgt:

#### 1) Aktueller Sachstand zur Investitionskostenförderung von Kita-Baumaßnahmen

Die derzeit gültige Verwaltungsvorschrift für die Gewährung von Zuwendungen zu den Baukosten von Kindertagesstätten wurde am 03.09.2018 herausgegeben und trat rückwirkend zum 01.07.2018 in Kraft. Diese Verwaltungsvorschrift ist weiterhin gültig.

Die Umsetzung der o.g. Verwaltungsvorschrift erfolgte bisher durch eine Projektförderung aus Bundesmitteln. Dieses Bundesprogramm startete 2017 und läuft

2020 aus. Dem Land Rheinland-Pfalz wurden für diesen Zeitraum 53 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Nach Informationen von Herrn Eisenstein, dem Landkreistag sowie mündlicher Aussage vom Landesjugendamt informierte das Bildungsministerium in der Sitzung des Fachausschusses 2 am 31.01.2019 darüber, dass das Land die Förderung zum Bau von Kindertagesstätten wegen fehlender Mittel im Haushalt mit dem Stichtag 15.10.2019 einstellt. (Stichtage 15. April und 15. Oktober)

Des Weiteren rechne das Ministerium damit, dass vermutlich auch nicht mehr alle Maßnahmen zum Stichtag 15. Oktober gefördert werden können, weshalb auch erstmalig eine Prioritätenliste erstellt werden muss.

In benannter Sitzung wurde vom Bildungsministerium weiterhin erläutert, dass mit einer Aufstockung der Landesmittel in diesem Doppelhaushalt 2019/2020 nicht mehr zu rechnen sei. Ein Nachfolgeprogramm auf Bundesebene ist bisher nicht bekannt.

Inzwischen hat jedoch die Bildungsministerin Frau Hubig die Aussage getroffen, dass es auch weiterhin Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung geben wird. Wenn es keine Bundesmittel mehr geben wird, sollen dafür Landesmittel eingesetzt werden. Diesbezüglich wurde bereits Kontakt mit dem Bund aufgenommen. Diese Aussage wurde am 22.02.2019 auf der Internetseite des Bildungsministeriums des Landes Rheinland-Pfalz hinterlegt. Weitere Informationen stehen uns derzeit nicht zur Verfügung.

## 2) Betroffene Projekte im Landkreis

Im Rahmen der Kindertagesstättenbedarfsplanung sind aktuell folgende geplante Baumaßnahmen im Landkreis vom Wegfall der Investitionskostenförderung betroffen, die es vermutlich nicht mehr bis zu den noch gültigen Stichtagen zum 15.04.2019 oder 15.10.2019 schaffen, Ihre Bauplanungen zur Förderung einzureichen:

- Stadt Grünstadt, derzeit geplante Baumaßnahme mit 4 Gruppen.
- Stadt Bad Dürkheim, derzeit geplante Baumaßnahme mit bis zu 3 Gruppen für Kindergartenkinder
- Ortsgemeinde Weisenheim am Sand, derzeit geplante Baumaßnahme mit 2 Gruppen
- Gemeinde Haßloch, derzeit geplante Baumaßnahme mit 5-6 Gruppen
- Mit der Stadt Lambrecht wurden auch schon Gespräche über eine notwendige Baumaßnahme zur Erweiterung der Kita Plätze für mindestens 1 weitere Gruppe geführt. Hier gibt es aber aktuell noch keine konkreten Planungen.

Baumaßnahmen die bereits umgesetzt wurden und deren Abrechnung über die Investitionskostenförderung im Jahr 2019 erfolgt, sind folgende:

1. Kommunale Kita Dirmstein: Neubau einer 3. Gruppe mit 7 U3-Plätzen, Landeszuschuss: 101.675 EUR, Kreiszuschuss: 138.150 EUR
2. Kommunale Kita Kirchheim: Neubau einer 5. Gruppe mit 7 U3-Plätzen, Landesbeteiligung: 101.675 EUR, Kreiszuschuss: 122.800 EUR

Hierfür wurden die Gelder jedoch bereits bewilligt und demnach werden diese auch ausbezahlt.

### 3) Finanzielle Auswirkungen auf den Kreis

Das Land zahlt nach der aktuell gültigen Verwaltungsvorschrift zur Gewährung von Zuwendungen zu den Baukosten von Kindertagesstätten folgende Pauschalen, maximal jedoch bis zur Höhe von 90 v.H.- der nachgewiesenen zuwendungsfähigen Kosten für:

- eine zusätzliche Krippengruppe mit mindestens acht zusätzlichen Plätzen
- eine zusätzliche Kindergartengruppe mit mindestens 15 Plätzen
- eine zusätzliche integrative Gruppe mit mindestens zehn zusätzlichen Plätzen

bis zu 150.000,00 €

- eine zusätzliche Hortgruppe mit mindestens 15 Plätzen bis zu 69.000,00 €
- Zusätzliche Plätze für Kinder bis zum Schuleintritt, soweit nicht die Platzzahl einer Gruppe erreicht werden kann, bis zu 7.500,00 € pro Platz.

Nach den derzeit gültigen Kreisrichtlinien zuletzt geändert am 13.03.2018 sind die Voraussetzungen für die Förderung durch den Kreis an die Genehmigung der Förderung des Landes gebunden.

„Der Kreis beteiligt sich im Rahmen seiner Verantwortung für die Sicherstellung ausreichender und bedarfsgerechter Kindertagesstätten an den zuschussfähigen Kosten (max. 307.000,00 € pro Gruppe) entsprechend der Finanzkraft der im Einzugsbereich der Einrichtung liegenden Gemeinden.“

Wenn die Zuschüsse und somit die Genehmigung der Maßnahmen durch das Land entfallen, muss die Kreisrichtlinie inhaltlich neu überarbeitet werden. Entsprechend müssten die Voraussetzungen sowie Art und Umfang der Förderung der Zuschüsse zu den Baukosten neu festgelegt werden.

Bezüglich der Kreiszuschüsse sind Entscheidungen zu treffen, ob der Kreis den derzeitigen Umfang der Zuschüsse weiterhin beibehält und somit nur die Kommunen mit dem Wegfall der Förderung belastet werden oder der Kreis seine Zuschüsse verändern wird.

---

Hierfür bleibt abzuwarten, welche Entscheidung das Land nach Aussage von Frau Hubig treffen wird.

---

Auf Nachfragen, ob die Kreisförderung an die Landesförderung gekoppelt ist und ob der Kreis beabsichtigt die Förderung beizubehalten, wird mitgeteilt, dass beides zutrifft.

Kritik übt der Vorsitzende daran, wenn es darauf hinauslaufe, dass der Kreis alle Kosten zu tragen hat.

Zum Abschluss des öffentlichen Teiles der letzten Kreistagssitzung vor der Kommunalwahl dankt Landrat Ihlenfeld allen Mitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit in der nun ablaufenden Wahlzeit. Anhand einer Auswahl an Entscheidungen des Kreistages gibt er nochmal einen Überblick über die Zeit von 2014 bis 2019. Nochmals erinnert er auch an die verstorbenen Mitglieder dieses Kreistages.

**Bankverbindungen:**